Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Anfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlichen Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 132 | **Donnerstag, den 9. Juni 1921** | **49. Jahrgang**

Reichswirtschaftsrat.

(TU) In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Reichskanzler Dr. Wirth das Wort, um etwa folgendes zu erklären: Die Lage ist durch unser Jawort geklärt. Ungeklärt ist die Frage der Regelung der Einzelheiten, die sich aus dem Ultimatum ergeben. Wir haben in unserer Außenpolitik, auch was die oberschlesische Frage anbetrifft, dem Gedanken Rechnung getragen, der der Leitstern unserer Politik ist. Von dem Rechte, daß die oberschlesische Frage nicht durch Diktatur entschieden werden darf, dürfen wir nicht ablassen. (Lebhafter Beifall.) Nun handelt es sich darum, daß wir in der oberschlesischen Frage nicht die Nerven verlieren. Es können da und dort Störungen eintreten und sind eingetreten, aber darüber ist sich doch die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberschlesien und der Selbstschutz eine Engelsgeduld an den Tag gelegt haben, die die Welt schwer verstehen kann. (Lebh. Sehr richtig!) Diese Geduld machen wir ihnen auch weiterhin zur Pflicht, daß sie ausharren, bis durch einen Schiedsspruch der alliierten Mächte die Frage gelöst worden ist. Sie kann nur gelöst werden unter gerechter Würdigung des oberschlesischen Plebiszits. Der Reichskanzler führt dann die einzelnen Aufgaben und Steuervorlagen an, nach deren Erledigung neue Probleme auftauchen werden im Zusammenhang mit der Kohle und wie weit das Reich genötigt sein wird, die Frage des Geldwertes zu diskutieren. Das Problem der Leistungen wird von allen Seiten mehr in Angriff genommen werden. Ohne Opfer wird es nicht gehen. Alle Kreise des Volkes müssen sich darüber klar sein, daß ohne Opfer ein Weg zur Freiheit für das deutsche Volk nicht gefunden werden könne. In diesem Gedanken bitte ich um Ihre Unterstützung und tatkräftige Mitarbeit. (Beifall.)

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Direktors Kraemer, von einer Aussprache über die Regierungserklärung im Reichsrate Abstand zu nehmen und damit die vereinigten Ausschüsse zu betrauen. — Der Vorsitzende des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart erhebt hierauf im Namen sämtlicher Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrates Einspruch dagegen, daß die Arbeitgebermitglieder in einer besonderen Sitzung Stellung nahmen und so einen Einfluß auf die Reichsregierung in der Ultimatumsfrage ausüben wollten. — Vorsitzender Cohen erklärt, die nächste Vorstandssitzung werde sich mit der Angelegenheit befassen. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorsitzenden zu.

Aufhäuser, der Vorsitzende des Afa-Bundes, erstattet den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Der Ausschuß habe im Gegensatz zur Auffassung der Regierung das Gesetz auch für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zur Anwendung gebracht. Der Ausschuß hat weiter dem § 1 einen Absatz angefügt, wonach ohne Rücksicht auf die Bezeichnung Aufsichtsrat oder andere Bezeichnungen das Gesetz auf alle zur Ueberwachung der Geschäftsführung bestellten Organe Anwendung findet. An die Ausführung schloß sich eine Allgemeindiskussion. Die besonderen Besprechungen und die Abstimmung wurden auf Donnerstag vertagt.

Die Säuberungsaktion in Oberschlesien.

(TU) Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, ist Rosenberg von den vorrückenden englischen Truppen ohne Widerstand besetzt worden. Die polnischen Insurgenten erhielten für den bewaffneten Abzug die Frist von einer Stunde. Heute vormittag soll der Vormarsch der englischen Truppen gegen Zamdowitz und Schirokan fortgesetzt werden. Rosenberg soll durch deutsche Abstimmungspolizei besetzt werden. Zu irgendwelchen Zwischenfällen mit den deutschen Kampforganisationen ist es bei dieser Aktion nicht gekommen. — Der Führer des oberschlesischen Selbstschutzes, Generalleutnant Höfer, erklärte im Verlaufe einer Unterredung mit Pressevertretern, daß er die Besetzung von Gleiwitz durch die Engländer für den Anfang der Säuberungsaktion halte. Sollten die alliierten Truppen nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich den alliierten Befehlen unterzuordnen, und jede Aufgabe restlos und loyal durchzuführen. Der General betonte, daß er mit offenen Karten spiele. Er habe seine sämtlichen Pläne und Stellungen dem englischen Oberbefehlshaber übergeben. Zum Schluß hob er hervor, daß der Selbstschutz keine parteipolitische Färbung habe. Er sei dazu da, Oberschlesien vor den Polen zu schützen, solange die interalliierte Kommission nicht dazu die Macht habe.

Journal des Debats schreibt über die Lage in Oberschlesien, es sei möglich, daß britischerseits die Absicht bestehe, die sofortige Entwaffnung der polnischen Aufständischen zu erzwingen. Das sei eine Operation, die Schwierigkeiten bereiten könne. Jedoch sei sicher, daß beiderseits die Absicht bestehe, der interalliierten Kommission im Volksabstimmungsgebiet ihre vollkommene Autorität gegen Polen und Deutsche wiederzugeben. Die Ankunft von Sir Harald Stuart scheine übrigens das Einverständnis zwischen dem alliierten Oberkommissaren zu erleichtern. Es mache den Eindruck, daß Sir Harald nicht genau die Haltung von Oberst Percifal einnehme und sich bemühen werde, mit seinen alliierten Kollegen zusammenzuarbeiten. Freilich könnten noch manche Schwierigkeiten entstehen. Denn trotz allem hätten die Kabinette noch kein gemeinsames Programm, und die widersprechenden Ansichten bestünden fort.

Grauenhafte Verwüstungen

haben die polnischen Insurgenten in Kandrzin angerichtet. Die Polen haben besonders in den Beamten- und Arbeiterwohnungen alles verwüstet, zerschnitten und beschmutzt. Auch in dem Schlosse des Prinzen von Hohenlohe-Oehringen haben die Aufrührer alles zerstört. Die evangelische Kirche in Kandrzin ist durch polnische Granaten zertrümmert worden.

Die Behörden der polnischen Aufständischen haben eine Verfügung über die Angliederung des auf dem rechten Oderufer liegenden Teiles des Kreises Ratibor an den Kreis Rybnick und des auf dem gleichen Ufer liegenden Teiles des Kreises Kosel an den Kreis Gleiwitz erlassen.

Feuerüberfall auf Ratibor.

Starke Kampftätigkeit herrschte gestern bei Wissoka. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Kandrzin scheiterten. Die Stadt Ratibor wurde von schwerer Artillerie beschossen. Von den Bürgern der Stadt wurde einer getötet, mehrere wurden verwundet. Die Polen begannen früh gegen 4 Uhr den heftigen Feuerüberfall auf den Vorort Plania, wobei sie vorzugehen versuchten. Sie wurden jedoch durch schwere und leichte Maschinengewehre und durch Gewehrschnellfeuer zurückgetrieben. Darauf belegten sie die Stadt und hauptsächlich die über die Oder führende Bernert-Brücke und die Schloßbrücke mit Granaten und Minen, richteten aber keinen erheblichen Schaden an. Auf der Oderstraße durchschlug eine Granate das Dach eines Hauses, ohne zu krepieren. In der Stadt wurden Gewehrgeschosse aufgefunden, die deutlich als Dum-Dumgeschosse österreichischen Ursprungs zu erkennen waren. In den letzten Tagen wurden von einer verirrten Kugel 10 Personen verwundet, darunter ein italienischer Soldat schwer.

Unter belgischer Anklage.

Im fünften Kriegsbeschuldigten-Prozeß, der vor dem Reichsgericht stattfindet, ist der am 9. Mai 1891 in Leipzig geborene stud. jur. Max Erich Ramdohr von Belgien wegen unberechtigter Festnahme, Freiheitsberaubung und Körperverletzung angeklagt. Es sind 11 deutsche und 15 belgische Zeugen geladen, darunter 4 Kinder, die damals 6 bis 11 Jahre alt gewesen sind. — Die Vernehmung des Angeklagten ergibt, daß Ramdohr als Kriegsfreiwilliger ins Feld gerückt und Dienstleiter einer Nebenstelle der geheimen deutschen Feldpolizei an der deutschen Grenze geworden war. In seiner Eigenschaft als Leiter dieser Nebenstelle soll er sich der der Anklage zugrunde liegenden Verbrechen schuldig gemacht haben. Er soll Kinder und andere Verdächtige, die er in irgend einer feindlichen Spionagesache widerrechtlich verhaftet haben soll, insofern mißhandelt haben, als er ihnen nur Wasser und Brot als Nahrung reichen ließ, statt Betten nur Pritschen zum Schlafen lieferte, die Verdächtigen monatelang in Untersuchungshaft behielt, Geständnisse aus ihnen erpreßte usw.

Der Vorsitzende wirft dem Angeklagten vor, daß er „der Schrecken von Dermonde" genannt worden sei. Ramdohr führte dazu aus: „Die Feinde versuchten alles, um uns zu schaden. Ständig wurde versucht, deutsche Truppentransporte zu verhindern. Eines Tages bemerkte ich auf dem Bahnhof Geerardsbergen verdächtige Lichtsignale, die nur den Truppentransporten Mons-Gente gelten konnten. Die Drähte, die längs der Schienen liefen, waren so verwickelt, daß die deutsche Signalgebung unmöglich funktionieren konnte und so ein Eisenbahnunglück die Folge gewesen wäre, wenn wir nicht eingegriffen hätten. Die belgische Bevölkerung trieb sich auf den Bahnhöfen herum, stahl Kohlen usw. Einmal waren belgische Sprone auf einen deutschen Zug gestiegen und hatten eine Kiste mit wichtigem Aktenmaterial über besondere deutsche Artilleriegeschosse gestohlen. Ich habe nie verhaftete belgische Kinder verhauen." Der Angeklagte weist nach, daß seine Instruktionen so lauteten, wie er gehandelt habe. Steinwürfe halbwüchsiger Belgier usw. erforderten strenge Maßnahmen. Nach den Vernehmungen, die Ramdohr aufgenommen hat, hat er von Anfang November 1917 bis Januar 1918 29 Fälle behandelt. Die z. B. beim Verwickeln deutscher Signaldrähte abgefaßten Bürschchen wurden von ihm eingesperrt. Einer von den Jungen war damals gerade 8 Jahre alt. Sie haben ausgesagt, daß sie die deutschen Truppentransportzüge entgleisen sehen wollten.

Als erster Zeuge wird der jetzt 14 Jahre alte Schüler Morsels vernommen, der bekundet, daß er abends aus dem Bett heraus verhaftet worden sei. Der Angeklagte habe ihn mit einem Lederriemen geschlagen. Der damals zehnjährige Schüler Spitaels erzählt, er sei zwei Monate und 14 Tage eingesperrt gewesen, obgleich er krank gewesen sei, auch er sei von dem Angeklagten mit einem Riemen geschlagen worden. Der Zeuge behauptet ferner, mit dem Kopf in einen Wasserbehälter gestoßen worden zu sein, als Strafe dafür, daß er nicht die Wahrheit gesagt habe. Im Gefängnis habe er nur Brot und Kaffee bekommen. Die Mittagssuppe sei sehr schlecht gewesen.

Die einzige Bürgschaft für dauernden Frieden.

(W) Churchill erklärte in einer Rede, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden beruhe in der Erreichung einer Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Deutschland. Wir müssen Frankreichs Standpunkt mit einem feindlichen Deutschland jenseits seiner Grenzen begreifen. Frankreich hat von englischer und amerikanischer Seite keine Zusicherung der Hilfe für den Fall erhalten, daß die Verhältnisse vor 1914 sich wiederholen. Begreifliche Besorgnis hat die französische Politik in eine Bahn geführt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns hervorgerufen hat. Möge England bestrebt sein, die Zwietracht zwischen dem französischen und dem deutschen Volk zu mildern.

Drückende Requirierungen durch die französische [illegible]ung.

Trotz der Annahme des Ententeultimatums durch Deutschland, und trotz der wiederholten Versicherungen Frankreichs, daß es eine friedliche Auseinandersetzung mit Deutschland wünsche, deutet im Rheinland bisher nichts darauf hin, daß Frankreich gesonnen ist, den guten deutschen Willen auf Wiedergutmachung durch die Tat anzuerkennen. Die Zahl der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, die zur Besetzung des Ruhrgebietes zusammengezogen worden sind, ist immer noch nicht vermindert worden. Das Rheinland gleicht einem großen Kriegslager. Abgesehen von der gleich stark gebliebenen Besatzung der Städte sind zahlreiche Truppen auch über das platte Land verteilt. So ist z. B. in verschiedenen Ortschaften des Kreises Wittlich eine ganze Division untergebracht worden. Die Truppen sind vollständig kriegsmäßig ausgerüstet und führen alles moderne Kriegsmaterial, wie Tanks und schwere Geschütze mit sich. Da die Truppen teilweise ungenügend von den französischen Proviantämtern versorgt werden, requirieren sie Lebens- und Futtermittel. So haben Soldaten im Kreise Bernkastel viele, gerade zum Schnitt reifen Wiesen abgemäht. Die Besitzer wurden dadurch um so härter betroffen, als ohnehin schon eine große Futterknappheit infolge der großen Trockenheit zu befürchten ist. Die Stimmung der rheinischen Bevölkerung gegen Franzosen wird unter diesen unnatürlichen Verhältnissen immer schlechter.

Der ungarische Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Im Verlaufe der Debatte über die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages in der Kammer kritisierte der französische Abg. Boncourt die Zerstückelung Ungarns. Es wäre unmöglich, daß Oesterreich und Ungarn getrennt von einander leben könnten. Wenn man die wirtschaftliche Lage betrachte, müsse man erkennen, daß einzelne neugeschaffene Kleinstaaten vor anderen bevorzugt würden. So besäße Ungarn z. B. die Zufuhrwege zu einzelnen Kohlengruben, während die Kohlengruben der Tschechoslowakei gehörten. Eine Donauföderation werde nicht genügen, es sei nur dann möglich, alle Grundsätze, die beim Abschluß der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon vorgeherrscht hätten, zu erfüllen, wenn Europa vollkommen umorganisiert werde. — Briand erklärte: Frankreich werde unter allen Umständen den Grundsatz hochhalten, andere Völker leben zu lassen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu realisieren. Aber wenn es sich um Völker Mitteleuropas handele, stoße dieser Grundsatz auf Schwierigkeiten. Frankreich müsse aber den kleinen Staaten, da es an ihrer Schaffung teilnähme, mit den Alliierten die Lebensexistenz sichern. Von Föderalismus könne jetzt nicht die Rede sein. Man hätte ihn nie ins Auge fassen können, solange Oesterreichungarn nicht zerstückelt war. Man habe die neuen Staaten nicht gegründet, um ihnen ihr Leben wieder zu nehmen. Frankreich verliere nichts an seiner Größe, wenn es von den wirtschaftlichen Reichtümern der Länder Nutzen ziehen wolle, die von seinen zur Anwendung gebrachten Grundsätzen profitiert hätten. Ungarn müsse sehen, wie es sich mit seinem Nachbarn verständige, um Erleichterungen mit bezug auf den Friedensvertrag zu erhalten. Das Gesetz über den Friedensvertrag wurde darauf mit 478 gegen 74 Stimmen angenommen.

Die neuen Vorschläge der englischen Bergwerkseigner.

In London sieht man die Einberufung des Bergarbeiterkongresses für Freitag zur Beratung über die neuen Vorschläge der Besitzer als einen entscheidenden Schritt vorwärts an. Bisher hat der Kongreß sich geweigert, die Arbeiter selbst über die Lage abstimmen zu lassen, aber infolge des Vorschlages der Leitung des Verbandes, die Arbeiter selbst abstimmen zu lassen, wird der Kongreß wahrscheinlich nachgeben. Offizielle Einzelheiten über das neue Angebot der Besitzer sind noch nicht bekannt, aber es verlautet, daß es sich um eine bedeutende Erhöhung der Einheitslöhne handelt. Diese sollen auf wenigstens ein Jahr garantiert werden. Vielleicht werden sie noch länger bestehen bleiben, aber die Besitzer behalten sich vor, nach Ablauf eines Jahres neue Beschlüsse fassen zu können. In den Distrikten sollen Lohnfonds eingerichtet werden, aus denen der sogenannte Verföhnungsrat Unterstützungen an die besonders schlecht bezahlten Arbeiter bewilligen kann. Mit den Kosten des Lebensunterhaltes soll gerechnet werden. Ferner hat einer der Besitzer gesagt, sein Verband habe angeboten, für drei Monate auf alle Gewinne zu verzichten, damit die von der Regierung angebotenen 10 Millionen Pfund länger reichen und man glaubt, daß dieses Geld für 7 Monate genügen wird.

Die Führer der Bergarbeiter erklärten, die Bergwerkseigentümer machten beträchtliche Zugeständnisse. Ihre letzten Vorschläge stellten einen großen Fortschritt gegenüber allem was zuerst angeboten wurde, dar. Die gesamte Lage erhielt dadurch ein vollkommen anderes Gesicht, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das zum Leben nötige Niveau gesenkt werden. Der Vollzugsausschuß hat daher alle Vorbereitungen getroffen, seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.

Der Deutsche Städtetag gegen die Finanzpolitik des Reiches.

Der Deutsche Städtetag hielt in diesen Tagen in Dresden eine Vorstandssitzung ab. Den Hauptanlaß zu der Tagung gab die unerträgliche Lage, in die die Gemeinden durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz mit ihren Finanzen geraten sind. Es wurde, wie nachträglich gemeldet wird, folgende Entschließung gefaßt:

Die Finanzen aller öffentlichen Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden befinden sich infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen in größten Schwierigkeiten. Es ist nur möglich, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn in allen Verwaltungen auf allen Gebieten äußerste Sparsamkeit geübt wird, zugleich aber auch die möglichen Einnahmen planmäßig zwischen den verschiedenen Verwaltungen unter Berücksichtigung der ihnen obliegenden Aufgaben verteilt werden. Der Deutsche Städtetag stellt fest, daß die bisherige Finanzpolitik des Reiches eine Berücksichtigung der Interessen der Länder und Gemeinden durchaus vermissen läßt und erhebt gegen diese Politik schärfsten Einspruch, weil sie den Bestand der deutschen Städte zu vernichten droht. Die Finanzen der Städte sind schon durch die Wegnahme der Einkommensteuer, die das Rückgrat der Gemeindefinanzen bildete, auf das schwerste erschüttert worden. Die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz aber hat eine geradezu unerträgliche, ja katastrophale Lage geschaffen, hat man doch sogar für das bereits abgelaufene Jahr 1920 den Gemeinden Einnahmen aus der Einkommensteuerung, auf die sie ihre Finanzwirtschaft aufgebaut hatten, insbesondere auch der Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßten Freieinkommen nachträglich durch einen Federstrich wieder entzogen. Die Finanzpolitik des Reiches gegenüber den Ländern und Gemeinden ist unmöglich. Der Deutsche Städtetag fordert, daß das Reich schleunigst den Städten für die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz veranlaßten Ausfälle Ersatz leistet und seine Verpflichtung anerkennt, zur baldigen Neuordnung der Finanzen der deutschen Gemeinden ausreichend beizutragen. Wird diese Steuerordnung nicht bald durch Verständigung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gesichert, so ist mit dem Zusammenbruch der Gemeinden zu rechnen, für den das Reich die Verantwortung trägt.

Zugleich wurde beschlossen, eine Abordnung des Vorstandes zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Lage in ihrem ganzen Ernst vorzustellen und vor allem die Forderung vorzutragen, daß in gemeinsamer Erörterung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine Grundlage gesucht wird, wie Reich, Länder und Gemeinden planmäßig an den verfügbaren Einnahmemöglichkeiten zu beteiligen sind.

Tagesereignisse.

— **Das englisch-deutsche Schiedsgericht** zur Schlichtung von Streitfällen, die sich aus verschiedenen Artikeln des Friedensvertrages ergeben, verhandelte über den ersten Fall. Den Vorsitz führte der Schweizer Professor Borel. Mitglieder waren Engländer und Deutsche. Zur Verhandlung stand eine Klage der Great Eastern Railway gegen die deutsche Annonxenexpedition Rudolf Mosse auf 252 Pfd. Sterling nebst Zinsen. Der Kläger führte aus, der Beklagte sei als Anzeigenagent für die Linie des Klägers und der Holländischen Eisenbahngesellschaft tätig gewesen, wobei jeder Teil die Kosten zur Hälfte bezahlt habe. Im April 1915 habe der Beklagte 5066 Mark von der holländischen Gesellschaft empfangen. Im gleichen Jahre habe er vor einem deutschen Gericht eine Klage auf 16 147 Mark erhoben, die den Mosse von den beiden Gesellschaften geschuldeten Betrag darstellten, ohne jedoch das Gericht von der früheren in Holland gemachten Zahlung in Kenntnis zu setzen. Mosse habe das Arresturteil auf das in einer Kölner Bank liegende Guthaben des Klägers erhalten. Der Anwalt des Beklagten machte geltend, daß sein Klient willens sei, die 5066 Mark der holländischen Gesellschaft zurückzuerstatten, daß er sich aber nicht für verpflichtet erachte, die Zahlung des Betrages in der Vorkriegsvaluta zu leisten. Das Schiedsgericht setzte die Verkündung der Entscheidung auf Donnerstag vormittag fest.

— **Der Ausstand im Waldenburgischen Revier**, der von der Streikleitung als beendet bezeichnet wurde, hat dadurch eine Veränderung erfahren, daß die radikalen Elemente beschlossen, weiter zu streiken, und daß die Masse sich den kommunistischen Führern angeschlossen hat. Demonstrationen und Versammlungen wurden veranstaltet.

Westfalen und Rheinland.

Neuregelung des Lohnabzugs.

Kamen, 9. Juni. Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Richtigstellung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon ab 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorverhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen würden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der allernächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mark (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 13 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Posten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterbekassenbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen 2c.) und die sogenannten Werbungskosten (Fahrgeld, Arbeitskleidung 2c.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 Mark jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Notstände, wie Krankheiten in der Familie, Unfälle usw. in mißliche Verhältnisse geraten ist. Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können. Ueber die Sätze für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige steuerfreie Existenzminimum 2c.) läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Sätze unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Prozent errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (d. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden. Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu belassen sind, fällt künftig fort. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abschlages bekanntgegeben werden, den er von dem 10prozentigen Lohnteil abzusetzen hat. Ueber die Einzelheiten des Verfahrens Näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Ein späterer Artikel wird sich damit beschäftigen. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten stärkster wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erfassung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können.

*

Kamen, 9. Juni. (**Verschiedenes.**) Zu eindringlichen Mahnung für säumige Schuldner wird eine Reichsgerichtsentscheidung, die dem Lieferanten das Recht zuspricht, die Erfüllung aus einem **Kaufabschluß** infolge alter Rückstände aus ähnlichen Käufen zu verweigern und endlich auch nach getilgter Schuld das Lieferungsbegehren infolge bedeutender Preiserhöhung abweist. Wesentlich ist hierbei, daß auch zwei selbständige Kaufabschlüsse das im § 273 BGB. vorausgesetzte einheitliche Rechtsgeschäft bilden können.

(**Sitzung des Kreistages des Landkreises Hamm.**) Die Sitzung am Montag wurde vormittags 10½ Uhr vom Landrat Herrn Schulze-Pelkum wieder eröffnet. — Erster Redner ist Abg. Schönfelder (Soz.), der über den Haushaltsplan für die Eisenbahntilgungskasse sprach. Redner bemängelt die Linienführung der Bahn Kamen—Unna—Fröndenberg, die in großem Bogen um Heeren-Werve herumgeht und diese industriereiche Gemeine vom Verkehr ausschalte, zumal jetzt auch noch der Personenverkehr nahezu aufgehoben worden sei. Der Landrat erklärte zur Aufklärung, daß die Bahn im Jahre 1895 gebaut worden sei, als die Gemeinde Heeren-Werve noch sehr klein war. Die Eisenbahndirektion habe damals die Frage gestellt, das Projekt würde angenommen oder der Bahnbau wäre unterblieben. Der Etat wird schließlich angenommen. Auch der Etat der Kleinbahnen wird angenommen. — Alsdann folgt die Beratung des Hauptetats, über den Abg. Vieft (Soz.) den Bericht erstattet. Der Etat hält in seiner Endsumme mit 4 188 000 Mark das Gleichgewicht (im Vorjahre 2 847 480 Mark). Ein Antrag der Sozialdemokraten findet Annahme, der besagt, daß den Kreistagsabgeordneten und Mitgliedern des Kreisausschusses Tagegelder in Höhe von 30 Mark ausgezahlt werden sollen und außerdem eine Vergütung für den ausgefallenen Arbeitsverdienst an Sitzungstagen. Der Hauptetat wird mit allen gegen die zwei kommunistischen Stimmen angenommen. Der Versammlung liegt folgende Vorlage des Kreisausschusses vor: Unser Haushaltsplan zeigt, daß der Kreis, wenn er die Kreiseingesessenen nicht bis zum gänzlichen Ruin mit Steuern belasten will, sein Hauptaugenmerk auf die Eröffnung neuer Einnahmequellen richten muß. Durch die Errichtung einer Sparkasse würde eine solche geschaffen werden können. Die Vorlage findet auf allen Seiten des Hauses volle Zustimmung. Die neue Kreissparkasse wird in den Räumen des Hammer Landratsamtes am Südenwall errichtet werden. Die Versammlung hat über folgende Vorlage zu beraten: Der Kreisausschuß beantragt, der Kreistag wolle ihn bevollmächtigen, eine Gesellschaftsbank für den Kreis Hamm in Form einer G. m. b. H. zu gründen. Die Linksparteien stimmten dem Plan der Kreisbankgründung zu, aber da es sich hierbei um eine positive Forderung handelt, die eine Zweidrittelmehrheit erfordert, die nicht vorhanden war, so wurde die Vorlage vom Landrat zurückgezogen. Mit Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft des Geldes hat die Siedlungsgesellschaft „Rote Erde" beschlossen, ihr Stammkapital zu verdoppeln. Die Gesellschaft, welche im Jahre 1916 gegründet wurde, beabsichtigt in diesem Jahre eine umfangreichere Bautätigkeit zu entfalten und große Landankäufe für Siedlungszwecke zu tätigen. Der Staat hat der Gesellschaft zugesagt, sich mit einem Drittel an dem erhöhten Stammkapital zu beteiligen. Der Kreisausschuß hat daher beschlossen, dem Kreistage vorzuschlagen: Stammeinlage für die Siedlungsgesellschaft „Rote Erde" von 140 000 auf 280 000 Mark zu erhöhen. Da die „Rote Erde" es bisher an jeglicher praktischer Tätigkeit hat fehlen lassen und auch andere Städte bereits sich davon zurückgezogen haben, lehnte die Versammlung den Antrag einstimmig ab. Alsdann wurde der Finanzausschuß (Haushaltsausschuß) gewählt, der aus sechs Abgeordneten und dem Landrat als Vorsitzenden besteht. Ebenso wurde ein Geschäftsordnungsausschuß eingesetzt. Die Zuwachssteuerordnung wird genehmigt. Zum Schluß sprach Abg. Wiesner über die Grundsteuer und über die Wohnungsfragen.

*

Neuordnung der Angestellten-Versicherung.

Seit einiger Zeit hat in der Tages- und Fachpresse eine lebhafte Erörterung darüber eingesetzt, ob eine Erweiterung der Angestelltenversicherungspflicht, die von der Reichsregierung geplant sei, wünschenswert erscheine. Es wurden zum Teil hohe Einkommenziffern genannt, bis zu denen die Versicherungspflicht der Angestellten ausgedehnt werden soll, und es entspann sich im Anschluß daran ein Gedankenaustausch über die Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens.

Es erscheint notwendig, die Diskussion auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen und festzustellen, daß die Beratungen über diesen Gegenstand soeben zum Abschluß gelangt sind. In diesen Tagen ist von der Regierung eine Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte an den Reichsrat gelangt. Darin sind einige besonders dringliche Fragen der Angestelltenversicherung geregelt worden. Eine grundlegende Umgestaltung der Angestelltenversicherung liegt dagegen nicht vor. Im wesentlichen sind es einige Gesetzesbestimmungen, die im Hinblick auf die fortschreitende Geldentwertung einer Aenderung bedürfen.

So wird es vor allem seitens der Versicherten begrüßt werden, daß die Leistungen der Angestelltenversicherung gegenüber dem bisherigen Zustand wesentlich erhöht werden sollten, und daß gleichzeitig ein Grundbetrag vorgesehen ist, unter den die Renten nicht heruntergehen dürfen. Eine gewisse Erhöhung der Beiträge ist allerdings damit verbunden. Diese Höhung hält sich jedoch in mäßigen Grenzen. Die Beiträge, die je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Angestellten aufzubringen sind, gehen in der höchsten Gehaltsklasse nicht über 98,40 Mark monatlich hinaus. Die Versicherungspflicht u. nach der Novelle bis zu einem Jahreseinkommen von 28 000 Mark ausgedehnt worden. Die Gründe für diese Maßnahme liegen auf der Hand. Es ist bekannt, daß die bisherige Grenze von 15 000 Mark längst nicht mehr den infolge der Geldentwertung gestiegenen Gehältern entsprach, sodaß die Angestellten, für die im Jahre 1913 die Angestelltenversicherung geschaffen worden ist, vielfach gar nicht mehr als Pflichtversicherte an ihr teilnehmen konnten. Von großer Bedeutung ist, daß die Novelle ein neues Beitragsverfahren durch Kleben von Marken anstelle der bisherigen Zahlungsweise vorsieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Klebesystem die Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt sehr beträchtlich herabdrücken wird, da künftig die umständliche Kontenführung überflüssig werden wird. Auch für die beitragsentrichtenden Beteiligten, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wird das neue System bequemer sein.

*

Der provinzial-kirchliche Wahlausschuß zur Entscheidung über die Zulassung und Verbindung der westfälischen Wahlvorschläge für die verfassunggebende Kirchenversammlung tritt am Mittwoch, den 15. Juni 1921, vormittags 11 Uhr, im Dienstgebäude des Evangel. Konsistoriums, Münster, Domplatz 3, Zimmer 22, zusammen. Zutritt hat jeder nach §§ 3. 5 des kirchlichen Gemeindewahlgesetzes

(**Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.**) Die Auszahlung der Gewinne beginnt am 8. Juni. Die Einlösung der Lose zur 1. Klasse 18. (244.) Lotterie muß bis zum 21. Juni erfolgen. Für neue Spieler haben die Lotterie-Einnehmer Lose vorrätig.

Die Elektrizitäts-Versorgung erfuhr am gestrigen Mittwoch eine unliebsame Stockung durch einen Fehler, der sich im westlichen Hauptzuführungskabel zeigte. Es ist dies eines der sog. Geburtsfehler, die sich allerorten bei einer Neuanlage in den ersten Monaten ergeben. Die ausführende Firma hat sofort alles getan, um den Fehler zu beseitigen. Die Monteure haben die ganze Nacht an der Behebung der Störung gearbeitet. Es steht demnach zu hoffen, daß heute wieder alle Teilnehmer mit Erfolg knipsen können.

Oberaden, 8. Juni. (**Fahrraddiebstahl.**) Sein Fahrrad, das er vor einer Wirtschaft aufgestellt hatte, wurde dem Bergmann Heinrich K. von hier gestohlen. Das Rad trägt die Nr. 17 036, hat Gummibereifung, zwei neu eingesetzte Räder mit gelben Felgen und Schutzblechen, hochgebogene Lenkstange und ist sehr gut erhalten.

Unna, 9. Juni. **Die Molkerei Unna** gibt bekannt, daß sie den Preis für Ia. Süßrahm-Butter auf 20 Mark herabgesetzt hat.

Hörstmar, 9. Juni. **Das Gewitter** am Samstag wurde dem Kötter Karl Rigge zum Verhängnis. Ein zündender Blitz schlug in sein Wohnhaus ein und verwandelte das ganze Gebäude urplötzlich in eine einzige Feuergarbe. Nur dem mannhaften Zugreifen der benachbarten Bauern ist es zu danken, daß kein Menschenleben zu beklagen ist und das lebende wie tote Inventar ziemlich vollständig gerettet werden konnte. Denn in kaum mehr als ½ Stunde war das Haus bis auf die Brandmauern zerstört.

„" **Dortmund**, 8. Juni. (**Verschiedenes.**) In der letzten **Stadtverordnetensitzung** entrollte Bürgermeister Dr. Fischer ein trübes Bild über die gegenwärtige und zukünftige Finanzlage Dortmunds. Er führte lebhaft Klage darüber, daß die meisten Beamten und Büros der Stadt auf städtische Kosten im Auftrage von Reich und Staat arbeiteten. Hierauf sei vorwiegend das Finanzelend der Gemeinden zurückzuführen. Die Stadt spare, wo sie nur könne, so habe sie die Zahl der Kriegshilfskräfte von 800 auf 350 abgebaut. Das städtische Wirtschaftsamt habe im Gegensatz zu andern Städten sich selbst erhalten. Die Bilanz vom 31. März 1921 schließe sogar noch mit einem Ueberschuß von rund 290 000 Mark ab. Der Haupthaushaltsplan, der mit 214 Millionen Mark abschließt, wurde ohne Einzelberatung genehmigt; ebenso die Deckungsvorlage des Magistrats. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der Magistrat und Stadtverordnetenversammlung feststellen, daß die Ausgaben im Haushaltsplan für 1921 zum größten Teil durch Ausgaben für staatliche Zwecke belastet sind. Von der Reichs- und Staatsregierung, dem Reichstag und der Landesversammlung wird, so heißt in der Entschließung, erwartet, daß sie der Geldnot der Gemeinden mehr als bisher Rechnung tragen. Die Stadt sei nicht in der Lage, neue Steuerlasten zu tragen und lege deshalb Verwahrung ein gegen die geplante Beteiligung an den Kosten der Schutzpolizei. Der Magistrat beantragte einen Dringlichkeitsantrag, von den früher bewilligten 50 Millionen Mark für Wohnungsbauten 25,7 Millionen Mark vorab und sofort 10 Millionen Mark ohne die früher festgelegten Bedingungen betreffend Erhöhung der Mietzuschläge zu genehmigen. Der Antrag wurde angenommen. An neuen Steuern kündigte Bürgermeister Dr. Fischer an die Plakatsteuer, die Wohnungsluxussteuer, die Fahrzeugsteuer und die Besteuerung von Spiel- und Sportfesten. Die Zentrumspartei kündigte dem Magistrat scharfen Kampf an, weil in der Besetzung des Direktorpostens an der Oberrealschule ein Katholik nicht berücksichtigt worden sei. Bei den nächsten Wahlen der Magistratsmitglieder werde sich das Zentrum die Mehrheit im Magistrat schon zu sichern wissen. — Der ehemalige Führer der hiesigen Kommunisten, Meinberg, wurde auf Anordnung des Essener außerordentlichen Gerichts **abermals in Haft genommen.**

Die Rose.

1.

Und nun kommst Du! . . .
Erst mußten alle andern vor Dir schreiten,
Als sollten sie die Wege Dir bereiten.
Fast bis zum Schmerze steigern mein Verlangen.
Und nun kommst Du
Und nimmst mich ganz gefangen!

2.

. . . . . Ich stehe sinnend hier
Und frage traumverloren:
Warum nur wirst Du mir
Am Dornenstrauch geboren?? . . . .

Wilhelm Sperlbaum, Holzwickede.

Vom Wege ab.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

36. Fortsetzung.

Stella hatte sich beruhigt, ihre kleine, weiche Hand lag in der seinen, ihre blauen Kinderaugen sahen ihn zwar noch ein wenig scheu und ängstlich an, aber ihr Mund plauderte schon wieder holdes, törichtes Zeug, bei dem Rolands Sorgen einschliefen und seine Nerven sich langsam beruhigten.

So kam man in Baden an und machte zuerst einen kurzen Spaziergang im Kurpark.

„Hätten Sie etwas dagegen, wenn wir statt im Kurhotel im „Esplanade" zu Mittag essen?" fragte Frau Olga harmlos. „Ich habe gehört, es soll dort besser sein."

„Wie Sie wünschen", antwortete Roland und wollte am Kurhaus vorüberlenken. Aber da klammerte sich Stella plötzlich an seinen Arm.

„Nein, Rolly, bitte, bleiben wir hier. Ich . . . . ich bin schon so müde!"

„Aber Stella — von den paar Schritten!" Ihre Mutter sah sie ärgerlich-erstaunt an.

„Wirklich, Mama! Ich möchte viel lieber hier essen!" Etwas ängstlich Warnendes lag in ihrem Blick.

„Dann wird es selbstverständlich auch geschehen", sagte Roland und schritt mit ihr voran.

Frau Olga biß sich auf die Lippen und folgte stumm. Drin im Speisesaal, während Roland mit dem Kellner wegen des Diners verhandelte, flüsterte sie ihrer Tochter ärgerlich zu: „Was fällt dir nur ein, so launenhaft zu sein, wo du weißt, . . . es wäre eine so gute Gelegenheit gewesen! Ich bin überzeugt, alles hätte sich meinen Voraussetzungen gemäß entwickelt."

Aber Stella murmelte nur kläglich: „Heute nicht, Mamuka . . . noch nicht . . . ich . . . er ist so . . ."

„Bah, du wirst doch nicht gar Angst vor ihm haben?"

„Heute ja. Du weißt nicht, wie er war . . . oh, er kann Augen machen . . ."

Sie schwieg. Roland hatte sich ihnen wieder zugewandt. Man nahm an einem Ecktisch Platz.

Es war ein exquisites Diner, das Roland gewählt, und es wurde tadellos serviert, das mußte selbst Herr Ricardini im stillen zugeben. Dennoch konnte kein rechtes Behagen aufkommen und auf allen lag es wie ein heimlicher Druck.

Stella saß verschüchtert da und aß sehr wenig. Frau Olga war schlechter Laune. Sie tadelte beständig an allem herum und erwiderte Rolands geregentliche Bemerkungen mit spitzen Worten, während ihr Gatte darüber mehr und mehr in Aufregung geriet und sich bemühte, ihr Benehmen bei Roland wiedergutzumachen durch eine ungeschickt aufdringliche Liebenswürdigkeit.

Roland aber litt unbeschreiblich durch die Anwesenheit der Schwiegereltern. Sie vergällten ihm einfach alles. Schon Frau Olgas Pomp, der die Blicke fortwährend nach dem kleinen Eßtisch lenkte, erregte ihm peinliche Gefühle, und als Stella ihm auf eine diesbezügliche Bemerkung, die er nicht unterdrücken konnte, begütigend zuflüsterte: „Verdirb Mama doch die Freude daran nicht! Sie hat die Toilette unter der Hand von der Kammerfrau einer Prinzessin gekauft und ist so stolz darauf", schlug dies dem Faß den Boden aus.

Er lachte laut und bitter auf und versank dann in finsteres Schweigen.

Welche Demütigung für seinen Stolz, daß die Mutter seiner zukünftigen Frau von Prinzessinnen abgelegte Kleider trug. Nie war ihm krasser zum Bewußtsein gekommen, welche Schmach er dem Hause Hillebrand mit dieser Verwandtschaft antat. Ob Stella das je ahnen und begreifen würde?

Unter dem Druck dieser unbehaglichen Stimmung brach man früher auf als beabsichtigt gewesen.

„Wenn es dir recht ist, trinken wir in Helenental bei Sacher Kaffee", sagte Roland zu Stella, „wir können ein Stück zu Fuß gehen, dann du Baden kennen lernst, und die Autos nachkommen lassen."

„Mir ist alles recht", sagte Stella kleinlaut.

Man schritt langsam durch mehrere Gassen. Das junge Paar voran, Ricardinis ein Stück hinterdrein. Plötzlich — man ging gerade an dem Hotel „Esplanade" vorüber, dessen stolze Vorderfront die gegenüberliegende Straßenseite bildete — stutzte Roland und blieb wie angewurzelt stehen.

Aus dem Tor des Hotels waren zwei Personen getreten, und blieben einen Augenblick unschlüssig stehen, straßaus und straßab blickend, als überlegten sie, welche Richtung sie nehmen sollten. Es war Egon Winter mit einer großen, stattlichen, nicht mehr jungen, aber sehr pompös gekleideten Dame, deren Aehnlichkeit mit ihm auf den ersten Blick die Verwandtschaft verriet.

Jetzt erblickten beide das Paar auf der andern Straßenseite und grüßten Stella, die verlegen dankte. Fast gleichzeitig geschah das Unerwartete, daß Frau Ricardini den Arm ihres Gatten losriß, und Frau Winter zweifte und sie mit ostentativer Freundlichkeit begrüßte.

Roland stand wie eine Mauer und starrte sprachlos auf die Szene. Dann senkte sich sein Blick durchbohrend auf Stellas abwechselnd bleich und rot werdendes Gesicht.

„Was soll dies bedeuten?" fragte er mit fremdklingender Stimme. „Wie kommt deine Mutter dazu . . ."

„Ich weiß es nicht . . . ach, Rolly, seh mich nicht so furchtbar an: Ich kann doch nichts dafür . . ." In Stellas Augen funkelten Tränen, er fühlte, wie ihr Leib neben ihm vor Angst und Erregung bebte.

Und drüben stand der andre, mit herausfordernden Blicken herüberstarrend, vielleicht nur auf einen Vorwand wartend, sich einzumischen und einen Skandal zu provozieren. Denn darauf schien es ja angelegt. Unter der Aegide dieser beiden Weiber . . .

Da riß Roland Stella herum und zog sie hastig mit sich fort. Nein, jetzt nicht — vor Stellas Augen konnte er nicht abrechnen mit diesem frechen Burschen. So weit durfte er sich als Gentleman nicht hinreißen lassen . . .

Nachdem sie in eine Seitengasse eingebogen waren, blieb er stehen. Lange ruhte sein fieberender Blick auf Stella.

„Hast du gewußt, daß diese Leute heute in Baden sind? Wolltest du darum nicht ins „Esplanade?""

Sie zitterte noch immer, und immer noch verschleierten Tränen ihren Blick.

„Nein — nein — nichts habe ich gewußt! O Rolly . . ."

Das klang so angstvoll und aufrichtig zugleich. Und er glaubte ihr. Glaubte ihr, weil er es mußte, wollte er nicht den Verstand darüber verlieren. Zu denken — nur für möglich zu halten, daß sie um diese Intrige gewußt habe, wäre gleichbedeutend mit einem völligen Zusammenbruch gewesen. Da kamen ihnen auch schon Frau Olga und ihr Gatte nach. Ersteres wollte wortreich erklären, Frau Winter sei eine alte langjährige Bekannte von ihr und sie hätten sich beide so gefreut . . .

Roland drehte ihr einfach den Rücken. Ihr glaubte er kein Wort mehr. Aber er mußte nun alles zu verstehen. Diese Frau haßte ihn, wie sie sie. Sie fühlte genau, daß sie mit dem Tage seiner Verheiratung keinerlei Einfluß mehr auf Stella haben würde, und wünschte daher einen gefügigeren Schwiegersohn. Winter aber in seiner Verliebtheit hatte sich heimlich an sie gewandt und war offenbar zu allen Zugeständnissen bereit, wenn Frau Olga ihm half. Offen war nichts zu machen. So spannen sie Intrigen, wollten einen Eklat herbeiführen, der ihn zu freiwilligem Rücktritt veranlassen sollte, und wählten dazu einen öffentlichen Ort, in der Hoffnung, seine Feinfühligkeit würde ihn da eher Beherrschung auferlegen und sie vor seinem gerechten Zorn schützen . . .

Gewiß, so dachten sie, aber sie irrten sich. Ihm lag gar nichts mehr an einem öffentlichen Eklat. Und seine Feinfühligkeit hatte ihn längst totgetreten. Seit er um Stellas willen mit aller Welt im Krieg lag, kam es ihm gar nicht mehr darauf an, den frechen Buben, der die Hände nach ihr ausstreckte, öffentlich zu züchtigen . . . er hatte schwerere Kämpfe mit sich selbst ausgekämpft . . .

(Forts. folgt.)

Am 3. Juni abends gegen 10 Uhr stürzte ein 5jähriges Kind aus dem Fenster der elterlichen Wohnung in der 3. Etage eines Hauses auf die Straße. Das Kind hatte jedenfalls aus Furcht vor dem heraufziehenden Gewitter das Fenster geöffnet und ist dabei abgestürzt. Die Eltern ließen das Kind in das Luisenhospital bringen, wo es inzwischen gestorben ist.

Wegen Totschlags vom Schwurgericht verurteilt.

Dortmund, 7. Juni. Der 24 Jahre alte Bergmann Paul Butschkowski aus Marten steht unter der Anklage, am 25. Dezember 1920 den Arbeiter August Möz erstochen, dessen Bruder Heinrich und den Friedrich Meier schwer verletzt zu haben. Der wegen Diebstahls wiederholt vorbestrafte Angeklagte ist in Gaschewo im Kreise Graudenz geboren, hat im Jahre 1917 Heeresdienst getan, hat damals vor Schreck die Sprache verloren und später wieder infolge eines Schrecks die Sprache zurückerlangt. Er gibt sich als gedächtnisschwach aus, will das, was er in der Schule gelernt hat, wieder verlernt haben, weiß sich aber sehr gut zu verteidigen. Am 25. Dezember 1920 wollte sich die an der Amtsstraße in einem Hause des Wirtes Möllhoff wohnende Familie Butschkowski aus 1—2 Litern Kognak und zwei Flaschen Wein einen Weihnachtsschnaps genehmigen, um damit eine gemütliche Weihnachtsfeier zu begehen. Man wartete nur noch auf den Sohn Anton, der nach Dortmund gefahren war. Der Vater Butschkowski ging nach der benachbarten Haltestelle der Straßenbahn, um zu sehen, ob sein Sohn Anton anläme. Dieser kam aber nicht; aus dem Straßenbahnwagen stiegen aber die Brüder August und Heinrich Möz und Friedrich Meier in angetrunkenem Zustande. Diese stießen den Butschkowski an, der deswegen eine unwillige Aeußerung machte und darauf von Meier eine Ohrfeige erhielt, sodaß seine Pfeife ihm aus dem Munde fiel. Butschkowski eilte nun nach Hause, die drei angetrunkenen Leute folgten ihm in das Haus, gingen aber, nachdem sie von einer dem Meier bekannten Frau gebeten worden waren, keinen Lärm zu machen, wieder davon. Inzwischen hatte Butschkowski seinem Sohn Paul den Vorgang an der Haltestelle erzählt und kurz entschlossen begaben sich beide auf die Straße, wobei der Vater einen Stock mitnahm. Während der Vater beobachtend etwas zurückblieb, ging der Sohn dorthin, wo die Brüder Möz und Meier noch standen und beratschlagten, ob und wo sie sich einen Trunk auf den Weg mitnehmen sollten. Darüber, wie sich der Zusammenstoß zwischen ihnen und dem Angeklagten entwickelt und abgespielt hat, gehen die Angaben des Angeklagten mit denen der Zeugen auseinander. Der Angeklagte behauptet, als er nach der seinem Vater aus dem Munde gefallenen Pfeife gesucht habe, von den Dreien angegriffen worden zu sein, was er da zu suchen habe, um alsbald Rippenstöße zu bekommen. Auf seine Mahnung, die Rippenstöße beiseite zu lassen, sonst passiere etwas, habe einer gesagt: „Was ist das denn für ein Nanke?“ und ein anderer darauf geantwortet „Das ist dem Vater sein Sohn; auf den habe ich schon gewartet. Junge (zum Angeklagten gewandt), ich hane Dir in die Fresse und tippe Dich viermal um.“ Dann habe er „eins in die Fresse“ bekommen, während er von einem anderen mit einer Flasche geschlagen worden sei. Nun habe er in der Notwehr sein Taschenmesser gezogen und gestochen. Daß einer seiner Angreifer gefallen, könne er sich erinnern, sonst aber weiter an nichts. Die mit dem Angeklagten zusammengestoßenen Zeugen bestreiten, die Angreifer gewesen zu sein. Ein zur Zeche gehender Hausgenosse des Angeklagten — es war gegen 9 Uhr abends — hat die Parteien in drohender Haltung sich gegenüber gesehen und den Meier gewarnt, sich vor dem Angeklagten, der ein Messer in der Hand hatte, in Acht zu nehmen. Ein kurz darauf vorübergehender anderer Zeuge hat dann gesehen, wie Paul Butschkowski wild auf seine Gegner losstach und die Geflochenen glatt zu Boden stürzten. Meier hat den Wütenden durch Steinwürfe dann in die Flucht getrieben. August Möz wurde mit 6 Stichen tot aufgehoben, dessen Bruder und Meier mußten sich in ärztliche Behandlung geben. Meier ist wochenlang arbeitsunfähig gewesen. — Butschkowski Vater und Sohn wurden alsbald verhaftet. In der nächsten Nacht ist der Angeklagte aus dem Polizeigewahrsam ausgebrochen, hat sich zu Hause umgezogen und ist mit dem Ziel „Polen“ geflohen. Als er von Pommern aus über die Grenze wollte, wurde er von den Polen angehalten und nach Pommern zurückgeschickt, weil er keine Ausweispapiere bei sich hatte. Nach sachverständigem Gutachten ist der Angeklagte geistig minderwertig, hysterisch veranlagt, leicht reizbar und rasch zur Tat. Aber § 51 komme bei ihm nicht in Frage.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig und billigten ihm mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft.

*

(bu) **Buer,** 8. Juni. **Ein ungewein frecher Raubüberfall** ereignete sich am Samstag vormittag in der Löchterheide. Der Bergmann Zenthöfer aus Buer befand sich gegen ½11 Uhr vormittags auf dem Wege von Buer nach Westerholt. Kaum im Walde angelangt, sprang ein Mann auf ihn zu und bedrohte ihn mit seinem Revolver. Zenthöfer verlor jedoch seine Geistesgegenwart nicht; er griff den Burschen gleich scharf an und versuchte ihn machtlos zu machen. Doch plötzlich sprang ein zweiter Geselle hinzu und streute Zenthöfer Pfefferin die Augen. Die Räuber gingen nun auf ihr Opfer los und entrissen ihm etwa 300 Mark, die Zenthöfer kassiert hatte. Daraufhin ergriffen die gefährlichen Burschen die Flucht. Man nimmt an, daß die Räuber es auf Zenthöfer abgesehen hatten, da dieser als Kassierer des „Bergknappen“ bei der Einziehung von Geldern öfter den Weg zu machen hatte und auch meistens größere Summen Geldes bei sich trug. Hoffentlich wird es der Polizei bald gelingen, diese raublustigen Gesellen hinter Schloß und Riegel zu setzen.

? **Lippstadt.)** 8. Juni. **(Zwei Opfer der Lippe.)** Ein schwerer Schicksalsschlag traf zwei hiesige Familien. Am Samstag abend gegen 8.45 Uhr ertrank der 22 Jahre alte Willi Möller, Sohn des Oberbahnassistenten Möller, in der Lippe oberhalb der städtischen Badeanstalt. Das zweite Opfer ist der 20jährige Arbeiter Fritz Edelmann, der am Sonntag vormittag 10.30 Uhr in der Nähe des Hellinghäuserweges badete und dabei den Tod fand. Trotz der angestrengtesten stundenlangen Bemühungen ist es noch nicht gelungen, die beiden Leichen zu bergen.

(W) **Essen,** 8. Juni. **Der Reichsbund Deutscher Techniker,** der 100 000 Mitglieder umfaßt, hielt hier vom 4. bis 7. Juni seine 5. Jahresversammlung ab, die unter dem Zeichen des Reparationsproblems und der deutschen Technik stand. Ueber den Wiederaufbau und den hierzu einzuschlagenden Weg sprach Bundesvorsitzender Dahl, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Das Referat über die Reparationen hielt Stadtbaurat a. D. Beuster. Der Zahlungsweise in Material und Arbeit müsse besondere Aufmerksamkeit zugewendet und der Weg für die deutsch-französische Zusammenarbeit endlich gefunden werden. Er erörterte dann eingehend das Finanz- und Wirtschaftsproblem. Am Montag, den 6. Juni, hielt Staatssekretär Dr. Bredow einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Der Wiederaufbau des Fernsprechwesens“.

(W) **Essen,** 8. Juni. **Eine Vertreterversammlung** der christlichen Gewerkschaften des Industriegebietes befaßte sich am 6. Juni in Essen mit wirtschaftlichen Fragen des Wiederaufbaues. Die Versammlung nahm im Anschluß hieran auch Stellung zu der seinerzeit durch den Reichsminister a. D. Erzberger in Massenversammlungen erörterten Idee eines sogenannten christlichen Solidarismus. Sie stellte fest, daß bei voller Würdigung der Grundgedanke der Erzbergerschen Vorschläge die Propagierung derselben in der bisher angewendeten Art große Bedenken erwecken. Notwendig ist, daß zur Vertretung solcher Ideen die Prüfung der praktischen Durchführbarkeit durch die für die Führung des Wirtschaftslebens verantwortlichen Organisationen erfolgt. Die christlichen Gewerkschaften können insbesondere auf keinen Fall auf eine gründliche Nachprüfung des Gedankens der Gewerkschaften verzichten, ohne eine zweckmäßige Verknüpfung mit dem großen gewerkschaftlichen Gesamtziel besteht die Gefahr, daß der gewerkschaftliche Gedanke zur Zersplitterung der Kräfte führt. Die Konferenz ersucht deshalb die zuständigen Stellen der Arbeiterbewegung, möglichst bald in eine sorgfältige Prüfung der aufgeworfenen Fragen einzutreten und das Ergebnis den Mitgliedern zu übermitteln.

(bu) **Bottrop,** 8. Juni. **Die Lohnzeldräuber verhaftet.** Wie wir berichteten, überfielen vor einigen Tagen mehrere maskierte Räuber im Büro der Zeche Vereinigte Welheim einen Kassenbeamten, fesselten ihn, und raubten 25 000 Mark, die auf dem Tische lagen. Die Räuber entkamen unerkannt. Den Bemühungen der Bottroper Kriminalpolizei ist es gelungen, der Räuber habhaft zu werden. Bottroper Kriminalisten entdeckten die Verhafteten in einer berüchtigten Straße in Essen. Ein großer Teil des geraubten Geldes war bereits verprasst worden.

Elberfeld, 3. Juni. **Der Provinzialverband rheinisch-westfälischer Mietervereine** hielt im evangelischen Vereinshause eine Sitzung des erweiterten Vorstandes ab, zu der sich Vertreter aus allen Teilen Rheinlands und Westfalens eingefunden hatten. Nach eingehender Aussprache nahm der erweiterte Vorstand des Provinzialverbandes rhein.-westf. Mietervereine einstimmig folgende Entschließung an: „Der in Elberfeld im evangelischen Vereinshause tagende erweiterte Vorstand des Provinzialverbandes rhein.-westf. Mietervereine protestiert in schärfster Form gegen die Stellungnahme der Vorsitzenden der Wohnungsämter am 17. 4. in Dortmund zu den Mieterschutzverordnungen. Die Mieterschaft hat mit Erstaunen Kenntnis genommen, wie die Vorsitzenden der Wohnungsämter über Gesetze denken, deren Ausführung ihnen anvertraut ist. Sie erklärt, daß eine derartige Stellungnahme den letzten Rest von Vertrauen zur Gesetzgebung untergraben wird. Die Freigabe der Neubauten hat gezeigt, daß die Freiwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens nur zur Verteuerung Einzelner führt, ohne auch nur eine Linderung der Wohnungsnot herbeizuführen, vielweniger ein Mittel zu ihrer Bekämpfung darzustellen. Die Behebung der Wohnungsnot ist nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft möglich. Die Mieterschaft erwartet, daß keine Schritte bezüglich der Aenderung der Mieterschutzgesetzgebung getan werden, ohne daß die Mieterschaft vorher gehört wird. Durch die Dortmunder Tagung der Vorsitzenden der Wohnungsämter ist eine große Beunruhigung und ein tiefes Mißtrauen in die Reihen der Mieter getragen worden. Die Mieterschaft erwartet von den maßgebenden Stellen, daß die zu ihrem Schutze erlassenen Gesetze und Verordnungen nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden.“ — Zum Reichsmietengesetz wurde folgende Entschließung angenommen: „Der in Elberfeld im evangelischen Vereinshause tagende erweiterte Vorstand des Provinzialverbandes rhein.-westf. Mietervereine weist in letzter Stunde nochmals hin auf die Denkschrift des Bundes deutscher Mietervereine zum Reichsmietengesetz, sowie die vom Bunde vorgeschlagene Fassung dieses Gesetzes. Die Versammelten sind genau unterrichtet über die Stimmung und Wünsche der Mieterschaft von Rheinland und Westfalen, die erwartet, daß man ihre gerechten und berechtigten Forderungen erfüllt; sie würde es nicht verstehen, wenn die Wünsche der großen Mehrheit des Volkes nicht berücksichtigt würden, um einer kleinen Minderheit Gefolgenheit zu geben, sich Sondervorteile zu verschaffen, für die keine Berechtigung vorliegt, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unter allen Umständen unmöglich gemacht werden müssen. Nur eine gerechte und klare Regelung der Mietverhältnisse kann zu einer Beruhigung der Mieterschaft führen und Kräfte freimachen zur Behebung der Wohnungsnot. Nur die Berücksichtigung ihrer gerechten Forderungen, d.i: Schutz vor Uebervorteilung bieten, ist imstande, die Mieterschaft des für Deutschlands Wiederaufbau so wichtigen rhein.-westf. Industriegebietes in dem Vertrauen zu bestärken, daß von maßgebender Stelle aus alles geschieht, um sie leistungsfähig zu erhalten, an diesem Wiederaufbau tatkräftig mitzuwirken.“

Neue Angriffe und Räubereien der Polen.

(W) Im Laufe des gestrigen Tages ist ein [illegible] in Gleiwitz angekommen. Ein zweites englisches Bataillon und eine Kompagnie französischer Soldaten befinden sich in Rosenberg. In der Gegend von Krapnitz und Ottmütz hat ein Bataillon italienischer Truppen Stellungen bezogen. Die Kampftätigkeit der Aufständischen war auch gestern an zahlreichen Stellen der von den Insurgenten gehaltenen Linie sehr lebhaft. Im Kreise Rosenberg, bei Jastrzgowitz starkes polnisches Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Nördl. Boroschau scheiterte ein gegen Josephshöhe gerichteter Vorstoß der Aufrührer. Albrechtsdorf und Sankt Annakirche wurde mit Artillerie beschossen. Bei Grötsch wurde eine polnische Batterie festgestellt. Die Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenberg dauern an. Schloß Zembowitz wurde von den Insurgenten ausgeplündert. Im Kreise Groß-Strehlitz wurden Angriffe der Insurgenten auf Danietz abgewiesen. Bei Kalinow kleine, erfolglose Vorstöße der Aufrührer. Im Kreise Kosel scheiterte ein durch einen Panzerzug unterstützter Vorstoß der Insurgenten auf Kandrzin. Alt-Kosel wurde vom deutschen Selbstschutz besetzt. Im Kreise Ratibor wurden die Ziegeleien bei Ratibor und das Vorwerk Neuhof bei Zabelkau von polnischer Artillerie beschossen. Bei Olsau wurde ein polnischer Panzerzug festgestellt. Nach Mitteilungen des Berg- und Hüttenmännischen Vereines haben die Aufständischen in der zweiten Hälfte des Monats Mai sehr erhebliche Mengen von Kohle ohne Kontrolle und ohne Bewilligung der Werke und der für die Ausfuhr zuständigen Stellen nach Polen abgefahren.

Ein Rencontre mit dem französischen Gesandten in München.

(TU) Wie die „München Augsburger Abendzeitung“ erfährt, ereignete sich vor einigen Tagen in München ein unliebsamer Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der französische Gesandte Dard steht. Vor dem Hause, wo in der Galeriestraße die Stadtleitung der Einwohnerwehren und die Büros der Landespolizei untergebracht sind, machte sich ein fremdländisch aussehender Mann dadurch verdächtig, daß er eine Zeitlang vor dem Hause auf und ab ging, in die Fenster schaute usw. Ein Offizier, der in einem der Büros Dienst hatte, machte einen Schutzmann aufmerksam mit dem Ersuchen, den Mann zu beobachten. Dieser hatte sich inzwischen entfernt und im Englischen Garten auf einer Bank Platz genommen. Als er von dem Schutzmann beobachtet wurde, gab er sich als der französische Gesandte Dard zu erkennen und zeigte sich sehr ungehalten über die Beobachtung. Inzwischen war der betreffende Offizier ebenfalls herangekommen. Der Gesandte sprang auf und versetzte dem Offizier einen heftigen Stoß vor die Brust. Nur mit Mühe konnte der Schutzmann Tätlichkeiten verhindern. Die zuständige Behörde hat über diesen Vorfall bisher noch nichts mitgeteilt.

Zusammenbruch der Solinger Industrie durch die Sanktionen.

Die wirtschaftliche Lage des Solinger Industriebezirkes verschlechtert sich unter dem Einfluß der Sanktionen und der Einfuhrabgabe der Alliierten von Tag zu Tag. Nachdem nun auch noch Amerika, vor dem Kriege einer der Hauptabnehmer von Solinger Erzeugnissen, sich zurückgezogen hat, dürfte das Geschäft mit den Vereinigten Staaten nahezu unmöglich werden, zumal in den letzten 6 Jahren in Amerika eine scharfe Konkurrenz gegen die Solinger Industrie sich entwickelt hat. Voll beschäftigt ist heute keine einzige der Solinger Fabriken. Eine Firma nach der anderen muß zur Einschränkung der Arbeitszeit oder zur Schließung des Betriebes schreiten. Die meisten arbeiten nur noch drei Tage, und auch dies nur, um nicht noch mehr Arbeiter entlassen zu müssen.

Englisches Nachgeben gegenüber der französischen Protestnote?

Das Antwerpener Blatt Neptun veröffentlicht einen Bericht aus Berlin, demzufolge eine mächtige Gruppe von englischen und deutschen Industriellen und Finanziers ein Uebereinkommen getroffen haben zum Zwecke der Wiederbelebung und Reorganisation des russischen Handels und zur gemeinschaftlichen Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Rußlands. Großbritannien habe die Bedingung gestellt, daß die Sowjetregierung die alten russischen Staatsschulden anerkennen und sich verpflichten müsse, dieselben durch Gewährung großer Konzessionen zu begleichen, ferner durch Verpfändung der natürlichen Reichtümer Rußlands. Endlich sollte allen russischen Flüchtlingen gestattet werden, in ihre Heimat zurückzukehren.

Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß Krassin aus Rußland nach London zurückgekehrt ist und seit dem Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland in Großbritannien beträchtliche Einkäufe getätigt worden sind.

Weitere Nachrichten.

— **(Um die Getreidebewirtschaftung.)** Im Reichstagsausschuß für volkswirtschaftliche Angelegenheiten wurde der Antrag Duscher und Genossen (Deutsche Volkspartei) auf sofortige Einführung der freien Bewirtschaftung gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten mit 14 gegen 12 Stimmen, der Antrag Schumann und Genossen (Sozialdemokraten) auf Beibehaltung der Zwangswirtschaft gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 1 des Gesetzentwurfs wurde gemäß dem Antrag Blume in der Fassung angenommen, daß aus dem Inland im Wirtschaftsjahr 1921/1922 2½ Millionen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen seien.

— **(Die Milliarden-Ausgaben des neuen preußischen Etats.)** Von den preußischen Ressorts ist nach den neuen Etats das Ministerium des Innern das kostspieligste. Es erfordert dauernde Ausgaben von 2557 Millionen Mark, von denen fast 2 Milliarden allein auf die Schutzpolizei entfallen. Nicht weniger groß ist der Bedarf des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der bei den dauernden Ausgaben mit 2223 Millionen Mark angesetzt ist. Auch hier entfällt ein großer Teil der Ausgaben auf einen einzigen Posten, nämlich auf das Volksschulwesen, für den ziemlich 1¾ Milliarden ausgeworfen sind. Für die höheren Lehranstalten werden dagegen nur rund 200 Millionen Mark, für die Universitäten etwa 80 Millionen Mark gefordert. Das Justizministerium kostet 1157 Millionen Mark, das Finanzministerium 1123 Millionen Mark, Für das Landwirtschaftsministerium werden rund 200 Millionen Mark angesetzt, für das Wohlfahrtsministerium 109 Millionen Mark, für das Ministerium für Handel und Gewerbe 102 Mill. Mark. Das Ministerium für Volkswohlfahrt beansprucht im außerordentlichen Etat 538 Mill. Mark, davon allein 500 Mill. Mark für die Erwerbslosenfürsorge.

— **Die Reichsindexziffer** für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Amtes auf 880 gegen 894 Mark im Vormonat ermäßigt. Preisrückgänge für Fette, Rindfleisch, Heringe und einige Gemüsesorten trugen hauptsächlich zur Abschwächung der Indexziffer bei. Andererseits zogen die Preise für Schweinefleisch, Eier, Speck, bewirtschaftete Milch, Kohlen und die von den Kohlenpreiserhöhungen beeinflußten Leuchtmittel etwas an.

— **Der 5. Kriegsbeschuldigten-Prozeß** beginnt heute vor dem Reichsgericht. Die Anklage, die von der belgischen Regierung ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft, Max Rendohr aus Leipzig wegen angeblicher Erpressung von Geständnissen. Der Angeklagte soll als Agent der Geheimpolizei in Grammont im Dezember 1917 verhaftete Kinder mißhandelt haben. Der Prozeß wird mehrere Tage beanspruchen.

— **(Millionenunterschleife im Lemberger Staatsamte.)** Nach einer Meldung des Warschauer „Narod“ sind im Lemberger Staatsamte für Einkäufe von Besatzartikeln Unterschleife entdeckt worden, die in die Millionen gehen. Unter anderen wurde der Leiter des Amtes verhaftet.

— **Bei einer Explosion** von Feuerwehrkörpern in einem Spielwarengeschäft in Danzig, wurden 3 Personen getötet.

— **Dampferbrand.** Der frühere Dampfer des Norddeutschen Lloyd, Georg Washington, der gegenwärtig in Hoboken für den Passagierdienst auf der Linie Newyork-Bremen wieder hergerichtet wird, wurde in der letzten Woche von einem Brand betroffen, der die Offiziersräume und die Aufbauten auf dem Oberdeck zerstörte. Die fahrplanmäßige Abfertigung des Dampfers ist laut telegraphischer Mitteilung der United States Main steamship-Company an den Norddeutschen Lloyd durch die Ausbesserung des Brandschadens nicht in Frage gestellt. Der Dampfer tritt fahrplanmäßig am 30. 6. die erste Reise von Newyork nach Bremen an und fährt am 12. 8. von Bremerhaven nach Newyork zurück.

— **Durch den Biß eines tollwütigen Hundes gestorben.** In Untermainsbach bei Regensburg ist der Bauer Hochmut, der Ende Dezember von einem tollwütigen Hund gebissen worden war, an den Folgen der Vergiftung gestorben. Bemerkenswert ist, daß der Mann nach erhaltenem Biß im Berliner Pasteurinstitut behandelt worden ist. Trotzdem ist jetzt nach einem halben Jahr der Tod eingetreten.

— **Das liebe Geld.** Wie aus Twistringen gemeldet wird, hat sich in Bekeln der Landwirt Finkemeier erhängt, weil er wegen falscher Steuerangabe 70 000 Mark Strafe zahlen sollte. — In Arrenstadt erhängte sich der Gutsbesitzer Butt. In seinem Arm hielt er einen Kasten mit 500 000 Mark.

— **Selbstmord eines Kammerherrn des Zaren.** In einem der ersten Hotels von Versailles hat der Baron Galmar de Linder, der ehemalige Kammerherr des russischen Zaren, Selbstmord begangen. Er hatte sich im Badezimmer mit einem Rasiermesser die Pulsadern durchschnitten. Als Grund wird angegeben, daß der Baron sein ganzes Vermögen verloren hat. In einem hinterlassenen Briefe bittet er, in einem Armensarge beerdigt zu werden.

— **Das Lachen verloren.** Ein 13jähriger Junge, der in Kansas City auf einen Baum geklettert war, um Wallnüsse zu pflücken, geriet mit einer elektrischen Leitung in Berührung. Dadurch wurde er an der Wange verwundet. Seine Eltern stellten an die Power and Light Company Schadenersatzansprüche, und zwar forderten sie 20 000 Dollar. Das Gericht billigte die Forderung wegen der besonders betrüblichen Tatsache, daß der Knabe infolge der Verwundung einen Wangenmuskel verlor, so daß er nie mehr umstande sein wird, zu lachen.

Kleine Nachrichten.

Aus bisher unbekannter Ursache explodierte in der Doemitzer Dynamitfabrik eine Anzahl zu entleerender Granaten. 1 Arbeiter wurde getötet, 3 wurden schwer und 6 leicht verletzt.

Die Entwaffnung in Bayern macht rasche Fortschritte. Die im Besitz der Einwohnerwehren befindlichen Waffenlager sind zum größten Teil in den Händen der Treuhandgesellschaft.

Auf dem Vertretertage des 24. Wahlkreises der Deutschen Volkspartei teilte Reichstagsabgeordneter Dr. Oertel mit, er könne nach Fühlungnahme mit den Parteiführern erklären, daß es zur Auflösung des Reichstages kommen werde.

Infolge der Mißwirtschaft der Kommunisten ist auf Anordnung des Ministeriums des Innern die Stadtverordnetenversammlung in Mansfeld aufgelöst worden.

Der rumänische Minister des Aeußern Take Jonescu ist in Belgrad eingetroffen. Er soll beabsichtigen, mit den Leitern des jugo-slawischen Staates in Besprechungen über die Erweiterung der kleinen Entente einzutreten.

Nach einer Meldung aus Warschau sieht der polnische Staatsvoranschlag jetzt ¾ aller Ausgaben für die Heeresbedürfnisse vor. Die Gesamtschuld Polens an das Ausland zur Ernährung und Ausrüstung der Armee beläuft sich nach dem heutigen Kurs der polnischen Mark auf rund 250 Milliarden polnische Mark.

Der Exekutivausschuß der englischen Bergarbeiter beschloß, eine Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes auf den 10. 6. einzuberufen und eine Abstimmung der Mitglieder über die Vorschläge der Grubenbesitzer zu empfehlen.

Vereinsnachrichten.

Kamen 9. Juni. **(Schützen-Verein Kamen.)** In der im Schützenhof abgehaltenen Generalversammlung des Bürger-Schützenvereins erstattete der 1. Vorsitzende Herr Wilhelm Felting den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1920 auf 310. Zu Ehren des verstorbenen langjährigen Vorstandsmitgliedes Herrn Friedrich Heimeier, der sich um den Verein große Verdienste erworben hat, erhoben sich die Anwesenden. Der Vorsitzende erinnerte an das 100jährige Jubiläumsfest, das am 1. und 2. August unter großer Teilnahme der Einwohnerschaft Kamens in würdiger und schöner Weise gefeiert wurde. Die herrlichen Festtage klingen noch immer in den Herzen der Beteiligten nach. Dankbar wurde aller gedacht, die sich um das Zustandekommen des schönen Festes verdient gemacht haben. Es sind dies in erster Linie unser allverehrter plattdeutscher Dichter Herr Karl Prümer in Dortmund, welcher dem Verein in entgegenkommender Weise den Text zu den Aufführungen lieferte, und Herr Ernst Braß, der die Festspiele inszeniert und geleitet hat. Besonders sei ferner zu erwähnen, daß durch Vorstandsbeschluß seit Dezember v. J. in den Räumlichkeiten der Schützenheide die elektrische Beleuchtung angelegt sei, sodaß seit dieser Zeit die Heide bei festlichen Gelegenheiten in elektrischem Lichte erstrahlt. Die vom Rendanten Herrn Emil Gerdts vorgelegte Jahresrechnung verzeichnete an Einnahme 13 763,39 Mark, an Ausgabe 13 539,03 Mark, sodaß ein Kassenbestand von 224,36 Mark verblieb. Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Jackenkroll, Baukmann und Generotzki gewählt. Das diesjährige Sommerfest soll am 19. Juni in der Schützenheide gefeiert werden und sind die Vorbereitungen dazu bereits getroffen worden. Der Mitgliederbeitrag ist auf 5 Mark für das laufende Jahr festgesetzt worden. Ein eingehender Bericht über das 100jährige Fest, für das Vereinsarchiv bestimmt, wurde den Anwesenden zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Der Vorsitzende schloß die Verhandlungen mit dem Wunsche auf eine gedeihliche Weiterentwicklung des Bürger-Schützenvereins im neuen Jahrhundert und auf ein fröhliches Fest im nächsten Jahre.

Deutsche, kauft deutsche Erzeugnisse! In der ersten Nachkriegszeit mußte Deutschland Reifen für Fahrräder und Kraftwagen z. T. aus Kunstgummi herstellen, da ihm die Zufuhr natürlichen Gummis aus Uebersee noch gesperrt war. Für die damals von den heimischen Ersatzdecken vorteilhaft abstechenden Auslandsreifen hat sich merkwürdigerweise mancherorts bis heute eine gewisse Vorliebe erhalten. — Das ist — zum Schaden der Volkswirtschaft — eine Folge des dem Deutschen immer noch eigentümlichen Hangs zum Ausländischen, denn seit mehr als Jahresfrist sind die deutschen Reifen den ausländischen mindestens gleichwertig und besonders die bekannten Marken, wie „Continental“, bieten Gewähr für gleichbleibende Güte. Wer trotzdem ausländische Reifen kauft, setzt sich der Gefahr aus, daß er für schlechte Ware niemanden verantwortlich machen kann.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Mehlausgabe. Auf die Bezugsabschnitte Nr. 15 der Lebensmittelkarten entfallen je 750 Gramm amerikanisches Weizenmehl. Die Abschnitte sind bis Dienstag, den 14. d. Mts., an die Geschäfte abzugeben. Die Geschäfte haben die gesammelten Abschnitte am Mittwoch, den 15. d. Mts., dem Lebensmittelamt einzureichen.

Freibankfleisch. Am 9. d. Mts., abends 7 Uhr, wird auf der Freibank Rindfleisch zum Preise von Mk. 6,— je Pfund verkauft. (3001

Finanzfragen im Reichswirtschaftsrat.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hörte in seinen Sitzungen am 3. und 4. Juni zunächst das Gutachten des Herrn Direktors Wassermann von der Deutschen Bank über die Belassung von Devisen im Auslande seitens deutscher Exporteure. Auf Grund dieses Gutachtens, sowie der vorangegangenen Versammlungen gelangte der Ausschuß zu der Erkenntnis, daß sowohl durch Kapitalverschiebungen, als auch durch legale Handels- und Banktransaktionen sich erhebliche Mengen von deutschen Devisenforderungen im Auslande befinden, deren Erfassung zum Zwecke der deutschen Wiederherstellungsleistungen dringend notwendig ist. Der Ausschuß nahm dann zu einem Antrag Schwetzer und Mark in folgender Weise Stellung: „Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, an einen Ausbau der Außenhandelsstatistik mit dem Ziele heranzutreten, daß ein genauer Nachweis über die Entstehung, den Wert und den Verbleib deutscher Forderungen auf das Ausland vorhanden ist." Außerdem fand ein Antrag des Mitgliedes Max Cohen Annahme: „Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, internationale Vereinbarungen anzustreben zur Feststellung von im Auslande befindlichen Vermögenswerten deutscher Staatsangehöriger. Der Ausschuß bittet sogleich um Mitteilung, ob und inwieweit derartige Versuche und mit welchem Erfolg bereits gemacht worden sind."

Der Vorsitzende Georg Bernhard erstattete darauf Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses zur Vorbereitung der Verhandlungen des finanzpolitischen Ausschusses, der es sich vor allem zur Aufgabe gemacht habe, Mittel und Wege für eine Sanierung der Reichsfinanzen einschließlich der Reparationskosten zu finden.

Die beiden Grundsätze der zukünftigen Finanzreform müßten sein: Wirtschaftliche Sparsamkeit durch Einengung des Verbrauches auf subjektiv notwendige Artikel, Einschränkung der Einfuhr fremder Gebrauchsartikel und sparsamste Ausnutzung der eingeführten oder im Auslande erzeugten Rohstoffe, außerdem Steigerung der Produktion und Produktivität, auch durch die Richtung der Steuergesetzgebung, Steigerung der produktiven Kräfte durch Förderung der Neubildung von Produktionskapital und durch möglichste Beeinflussung der Produktion im Sinne einer technischen Rationalisierung gleichfalls auf dem Wege der Besteuerung. Dies habe der Mehrheit des Unterausschusses als Ziel vorgeschwebt.

Der Ausschuß habe sich ferner mit der Anfrage des Mitgliedes Kröger über § 59 Absatz 1 a der Einkommensteuernovelle vom 24. März 1921 beschäftigt. Die Anfrage bezweckte Klarheit darüber zu schaffen, wieweit Aufwendungen für die Beschaffung von Kleinwohnungen abzugsfähig vom steuerbaren Einkommen seien. Insbesondere handele es sich darum, was unter den Begriff Kleinwohnungen falle, in welchem Zeitraume der unrentierliche Bauaufwand abzugsfähig und ob er es auch dann sei, wenn jemand die Kleinwohnung für sich selbst baue. Der Reichsfinanzminister habe daraufhin dem Ausschuß den Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Paragraphen 59 des Einkommensteuergesetzes vorgelegt. Die Erörterung habe ergeben, daß der Begriff Kleinwohnung dreimal verschieden festgelegt sei, im Rückerwerbssteuergesetz, im Einkommensteuergesetz und im Sinne der Bestimmungen über Baukostenzuschüsse.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes, sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes sei in der letzten Sitzung des preuß. Staatsministeriums beraten worden. Seine verfassungsmäßige Ueberweisung an den Staatsrat sei also in Kürze zu erwarten, sodaß auch mit den Beratungen im Landtage für den Monat Juni gerechnet werden könne. Zunächst solle den Gemeinden, Landkreisen und Provinzen das Recht zur Erhebung von Verwaltungsgebühren in einzelnen Fällen gegeben werden. Weiter sei eine Bestimmung vorgesehen, die zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen unter bestimmten Voraussetzungen die Arbeitgeber zu Beiträgen heranziehe. Die veraltete Vorschrift über die Erhebung von Marktstandsgeld sei gestrichen worden. Im wesentlichen Bedarfsfalle sei eine Erhöhung der Schlachthofgebühren vorgesehen, die einen Kostenausgleich für den städtischen Schlachthof darstelle. Der Streit der Meinungen über die rechtliche Zulässigkeit einer Wohnungsluxussteuer soll einer endgültigen Klärung zugeführt werden. Eine besondere Härte bedeute für die Gemeinden häufig die Ungültigkeitserklärung einer Abgabenordnung durch die Verwaltungsgerichte. Damit können häufig durch einen glücklichen Zufall einzelne Steuerpflichtige von der Steuer befreit werden, während andere, die kein Rechtsmittel eingelegt hätten oder abgewiesen worden seien, die gleiche Steuer zahlen mußten. Auch diese Unbilligkeit solle beseitigt werden. Daß eine Erhöhung von Geldstrafen vorgesehen sei, entspreche der eingetretenen Geldentwertung. Was die Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes anbelange, so sei hier vor allen Dingen hervorzuheben, daß die Landkreise berechtigt werden sollen, ähnlich wie die Gemeinden indirekte Steuern zu erheben, jedoch nur unter Berücksichtigung eines billigen Ausgleiches zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und denen der dem Kreis angehörigen Gemeinden.

Tagung der westdeutschen Kammern

Am 19. Mai tagte in Detmold der westdeutsche Handwerkskammertag. Die Tagesordnung war so reichhaltig, daß nur einige der wichtigsten Punkte aus dem vielseitigen Material herausgegriffen werden können. Bezüglich der Frage der Neuregelung des Handwerks hielt man fest an dem im vergangenen Jahre in Jena einheitlich kundgegebenen Willen, den organisatorischen Aufbau des Handwerks auf die Pflichtzugehörigkeit zur Innung festzulegen. Die sich daraus ergebenden Forderungen in ideeller und wirtschaftlicher Hinsicht sind jedoch so weittragend, daß sie noch einer ernsten Erörterung bedürfen, ehe man zu einer Festlegung schreitet. Um dem Handwerk einen Weg zu zeigen, über die Schädigungen durch die Rheinzollgrenze möglichst leicht hinweg zu kommen, wurde verwiesen auf das Vorgehen vieler Firmen im unbesetzten Gebiet, die, wenn sie ins besetzte Gebiet liefern, selbst den Zoll tragen und zwar ohne Preisaufschlag. Anträge der Handwerkerschaft auf Ausfuhrgenehmigung werden bei der Handwerkskammer Koblenz gesammelt und bearbeitet. Um der qualitativen Arbeit, den Erzeugnissen des Kunsthandwerks den Weg zu Verbraucherkreisen zu ebnen, gehen die Bestrebungen des Handwerks dahin, eines der Haupthindernisse zu beseitigen; das ist die jetzige Form der Luxussteuererhebung. Gesunde Verhältnisse für das Handwerk können erst dann kommen, wenn die Luxussteuer direkt beim Erzeuger erfaßt wird. Des Weiteren beschäftigte sich der Kammertag mit dem Ministerialerlaß bezüglich der Lehrlingshöchstzahl im Bäcker- und Konditorgewerbe. Gegen diese Beschränkungen muß allgemein Protest erhoben werden, da die betreffenden Gewerbe für bedeutend mehr Lehrkräfte aufnahmefähig sind. In der Frage der Regelung des Lehrlingswesens nahm man die Stellung ein, die für das gesamte Handwerk keine selbstverständliche ist, daß es sich hier um eine rein berufsständige Angelegenheit handelt. Die Stellungnahme des Westdeutschen Kammertags in der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft für Brotgetreide kennzeichnet sich in folgender Resolution:

„Die Tagung der westdeutschen Handwerkskammern am 19. Mai fordert den sofortigen teilweisen Abbau der Zwangswirtschaft für Brotgetreide in der Weise, daß ein Teil des im Juli erzeugten Getreides durch Umlageverfahren erfaßt und zu einem billigeren Preise an die Reichsgetreidestelle abgeliefert wird, während der die Umlage überschreitende Teil der inländischen Erzeugnisse freibleiben soll. Die Bewirtschaftung des Auslandsgetreides soll dagegen in der Weise erfolgen, daß die Einfuhr grundsätzlich freigehalten wird, das Reich aber die Möglichkeit erhält, zum Zwecke des Ausgleiches gewisse Mengen einzuführen, deren Verteilung durch die Berufsorganisationen zu erfolgen hat. Die Reichsgetreidestelle hat seit Monaten sowohl in der Erfassung als auch in der Verteilung des Brotgetreides die gestellten Aufgaben nicht erfüllt. Dies muß zur Verteuerung und Verschlechterung des Brotes, zur Demoralisierung des Geschäftslebens und zur Abtötung jedes Rechtsempfindens in der Bevölkerung führen. Durch die Lieferung minderwertigen, oft gänzlich verdorbenen Brotmehls seitens der Reichsgetreidestelle und der kommunalen Verteilungsstellen wird es den Bäckern vollständig unmöglich gemacht, ein einwandfreies Brot zu erzeugen. Dies wird auch weiterhin das deutsche Volk in seiner Gesundheit schwer schädigen und jede Verantwortung hierfür fällt dem jetzigen unglückseligen Bewirtschaftungsverfahren zu."

Drahtlos für ganz Europa gespielt.

Die gestrige Vorstellung der Berliner Staatsoper wurde auf drahtlosem Wege ganz Europa zugängig gemacht. Im Spielraum der Oper wurden Musik und Gesang von mehreren Mikrophonen aufgefangen und auf Drahtleitungen nach der Großfunkstelle Königswusterhausen geleitet. Durch eine Uebertragungsvorrichtung wurde die Aufnahme der Oper drahtlos in einem Umkreis von 1200 Kilometern weitergeleitet. Auf diese Weise war es möglich, nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in London, Paris, Rom, Petersburg, Christiania und anderen Orten den Gesang und die Musik der Berliner Oper zu hören.

Eine siebzehnjährige Kindesmörderin.

Der Pontypoolgerichtshof in London verhandelte kürzlich, wie das „Berl. Tgbl." meldet, gegen die siebzehnjährige Edith Conlante, die wegen Kindesmordes angeklagt war. Das aus bester Familie stammende Mädchen war wegen seiner außergewöhnlichen Schönheit und seiner geistigen Gaben in der Londoner Gesellschaft sehr bekannt, die Gerichtsverhandlung bildete daher ein sensationelles Ereignis. Miß Edith unterhielt, wie sie schluchzend vor den Richtern angab, ein Verhältnis mit einer hochstehenden Persönlichkeit. Was sie zu dem weitaus älteren Manne hinzog, war nicht Liebe, sondern seine vornehme, kavaliermäßige Art, sein zuvorkommendes, liebenswürdiges Betragen gegenüber den Damen. Eines Tages nun mußte Edith ihrem Geliebten ein Geheimnis ins Ohr flüstern. Sie bat und beschwor ihn, sie zu heiraten, da sie sonst der Schmach ausgeliefert sei und von den Eltern verstoßen werden würde, aber ihr Freund löste das Verhältnis. Ohne daß jemand aus ihrer Umgebung eine Ahnung hatte, gebar sie in einer Nacht ein Kind, verbrannte dieses sofort und hackte die unverbrannten Reste in eine Schachtel. Mit dieser begab sie sich in der folgenden Nacht auf den Friedhof, auf dem die Mutter ihres Geliebten bestattet liegt. Um sich an ihm zu rächen, wollte sie das Paket auf das Grab seiner Mutter legen, denn sie wußte, daß deren Sterbetag unmittelbar bevorstand und daß ihr Geliebter dann das Grab besuchen würde. Bei diesem nächtlichen Friedhofsbesuch wurde sie von den Wächtern ergriffen, und so kam das Verbrechen an das Licht. Vor Gericht erklärte das Mädchen, bei Begehung seiner Tat seiner Sinne nicht mächtig gewesen zu sein. Das Urteil lautete denn auch auf Freisprechung. Die Eltern weigerten sich, ihr Kind wieder bei sich aufzunehmen; sie wurde darob beim Verlassen des Saales von den Zuhörern mit Schmähungen überschüttet. Eine alte Dame erbot sich sofort, das junge Mädchen in ihrem Hause aufzunehmen.

H. Kracht, Sauerländisches Wanderbuch. Führer durch das Hauptwegenetz des S. G. V. und der neuen Wegenetze an der Unterruhr. Dortmund 1921. Fr. Wilh. Ruhfuß. 15 Mark. — Rechtzeitig, zum Beginn der Hauptwander- und Reisezeit ist die neue, schon die 5. Auflage des beliebten Führers, bekannt unter dem Schlagwort „Der rote Kracht" erschienen. Der Verfasser, Mitglied des Hauptvorstandes des S. G. V., und sein Mitarbeiter Carl Ewald in Hagen, Vorsitzender der Hauptwegekommission, bürgen für möglichst zuverlässige Angaben nach dem neuesten Stande. Zahlreiche Abbildungen und Sondekarten, von denen 3 von der Kartographischen Abteilung der Preußischen Landesaufnahme in Berlin schon im vorigen Jahr die besondere Beachtung der Wanderer gefunden haben, sind willkommene Beigaben. Bei den noch steigenden Fahrpreisen auf der Bahn verbieten sich für viele Naturfreunde des Industriegebiets weitere Reisen. Möge ihnen „Der rote Kracht" ein guter Führer zu den Schönheiten der Heimatberge sein.

Achtung! Achtung!

Den geehrten Bewohnern von Kamen und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich meine

Reparatur-Werkstatt

für Autos, Motore, Fahrräder, Nähmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen und solche für Hausbedarf, Handel und Gewerbe

bedeutend erweitert und nach

Westenmauer 22

hinter Wirtschaft Tillmann, verlegt habe.

Schnelle und saubere Ausführung, prompte und reelle Bedienung sichere ich zu und bitte um frdl. Unterstützung meines Unternehmens.

Dreherei **O. Heinz, Kamen,** Autogene Schweißerei

Westenmauer 22.

Mein Gummi- und Ersatzteillager bleibt Weststr. 90, 1. Etage, im Möbelhaus Hagemeier.

2681

Kurgarten Bad Königsborn.

Am Freitag, den 10. Juni

Abend-Konzert

von 8½ — 10½ Uhr.

Eintritt à Person 3.—, Kinder 1.50.

2697 Die Badeverwaltung.



Junge **Endener Gänse**

fast ausgewachsen, zu verkaufen. 2698

Frau Barenbräuker.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik Berlin S 42

Roth & Junius Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hagen i. W. Bahnhofstr 29. 5.

Ungepreßt

wird jeder

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig. 1986

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Für den Blumenkorso!

Crepp-Papier — Seidenpapier

in allen Farben vorrätig.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Verding!

Am Samstag, den 11. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, soll in der Wirtschaft **Neff** (fr. Goertz) zu Kamen die Anfuhr von Materialien zur Herstellung der neuen Decken auf den Kreisstraßen Herringen-Rünthe, Unna-Afferde, Rünthe-Overberge und Varstbrücke-Waldschlößchen zusammen 660 Waggon Kleinschlag, Splitt und Decksand von den Bahnhöfen Hamm, Pelkum, Unna, Bergkamen, sowie die Anfuhr des zu den Walzarbeiten erforderlichen Wassers öffentlich verdungen werden. Bedingungen werden im Termine bekanntgegeben. 3000

Hamm (Westf.), den 7. Juni 1921.

Die Kreiswegebau-Verwaltung.



Die festgesetzte **Hundesteuerliste** der Stadt Kamen für das Steuerjahr 1921 liegt gemäß § 7 Absatz 1 der Ordnung, betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirke der Stadt Kamen vom 21. Februar 1921, **vom 13. ds. Mts. ab** zwei Wochen zur Einsicht in unserer Steuerabteilung, Zimmer 6, Markt 5, aus. 2695

Kamen, den 31. Mai 1921.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Sportverein Kamen v. 1913.

Am Freitag, den 10. Juni, abends 8½ Uhr:

Monats-Versammlung

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung der Niederschriften.
2. Bericht über den Bezirks- und Kreistag.
3. Sommerausflug.
4. Wohlfahrtstag.
5. Verschiedenes. 2691

Der Vorstand.

Grasverkauf

Overberge und Bergkamen.

Sonnabend, den 11. ds. Mts., nachmittags 5½ Uhr, werden Unterzeichnete für Herrn Kaufmann E. Gerdts in Kamen den p3002

guten Graswuchs

in seiner rechts an der Kamen-Werner Chaussee geleg. Wiese, sodann nachm. 6 Uhr für Frau Wwe. Landwirt C. Brüggemann in Südkamen in ihrer i. d. Gde. Bergkamen liegenden Weide, am „Nordberg" gt., auf 8 Morgen, in halbe Morgen abgeteilt, öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Kamen.

Reinhard Gerdts
Aukt.

Grasverkauf.

Samstag, d. 11. d. Mts., nachm. 5 Uhr wird das sehr

gute Gras

in der Papenwiese des Herrn Schulze-Velmede, bei der Adener Mühle öffentlich nummerweise zum Verkauf ausgesetzt. 2671

Heil,
Brüggemann.

Ein kleines 3004
Ziegenlamm,
ein junger
Schäferhund
zu verkaufen.
Oststraße 4.

Anstreichergehülfe
sofort gesucht. p2690
Heinrich Jackenkroll.

Ein Junge
von 14—16 Jahren für die Landwirtschaft sofort oder später gesucht. 2687
W. Elsmann, Lerche.

Ein sauberes 2680
Mädchen
von 14—16 Jahren für halbe Tage sofort gesucht.
Zu erfr. in d. Gesch.

Ordentliche und saubere
Frau oder Mädchen
zum Waschen und Putzen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 2003

Ein
Mädchen
für Haus- u. Gartenarbeit gesucht. 2693
F. Herbrechter,
Weststraße 23.

Halbtagsmädchen
wird gesucht. 2686
Bergkamen,
Hohenzollernstr. 76.

Sauberes, junges
Morgenmädchen
sofort gesucht. 2694
Zu erfragen in der Geschäftsst.

Besseres Mädchen vom Landhaushalt sucht 2692
Stellung
als Haushälterin oder Stütze der Hausfrau.
Näheres in der Geschäftsst. der Kamener Zeitung.